



19
Dieser Beschluß ist rechtskräftig.
Hamburg, den 18. DEZ. 1961
Die Geschäftsstelle

Justizinspektor

Rechtskraftbescheinigung
ist der Oberfinanzdirektion
erteilt am

18. DEZ. 1961

Justizinspektor

Landgericht Hamburg

Beschluß

29. AUG. 1961 ✓

In der verbundenen Rückerstattungssache

1. der Frau Dorothea M.E. Freyhan
geb. von Krakau,
Amsterdam, Wielingenstraat 12,
2. der Frau Gertraud Appels
geb. Freyhan,
Amsterdam, Stalinlaan 26,
3. des Herrn Rolf Freyhan,
Amsterdam, Wielingenstraat 12,
- als Erbesorben nach Sophie Freyhan
geb. Cohn -

Antragsteller,

Bevollmächtigte: Rechtsbeistand Heinz Kohn,
München 22, Thierschstraße 25,

Unterbevollmächtigter: Rechtsanwalt

Walter Michaelis, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelmstr. 89,
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister
der Finanzen, Verfahrensvertreterin
Oberfinanzdirektion Hamburg,

Az.: -F 538-UA 5 u. UA 4-BV 44/441 u. OV 45 -

Antragsgegner,

2

1 WiK 268/61

Z 24 393 -5-

verbunden mit

1 WiK 268/61

Z 24 393 - 4 -

1) Ausfertigung an:

2x Parteien ab 30.8.61
x Beteiligte
mit Urkunden Mo.

2) je 1 Abschrift an
Landesamt
f. Vermögens- u. Grundbuchamt

Zentralamt
mit CC 16

3) Form B ab zum

- 7. DEZ. 1961

hat das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer 1, durch folgende Richter:

- 1.) Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,
- 2.) Gerichtsassessor Schmidt,
- 3.) Gerichtsassessorin Lilie

am 23. August 1961 beschlossen:

- 1.) Der Antragsgegner wird verurteilt, an die Antragsteller in ungeteilter Erbengemeinschaft wegen Entziehung der Wohnungseinrichtung und von Pelzwaren der Erblasserin 2.000,-- DM (in Worten: Zweitausend Deutsche Mark) zu zahlen.
- 2.) Die Erfüllung des Anspruchs richtet sich nach dem Bundesrückerstattungsgesetz vom 19. Juli 1957.
- 3.) Weitergehende Ansprüche der Antragsteller werden abgewiesen.
- 4.) Die Entscheidung ergeht gerichtsgebührenfrei. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

G r ü n d e :

I.

Die Antragsteller sind durch Erbscheine (Blatt 10, 15 und 17 d. Leitakte) als Erbeserben der im Jahre 1942 verstorbenen ^{als} Jüdin ^{verfolgt gewesen} Sophie Freyhan ausgewiesen und haben rechtzeitig Rückerstattungsansprüche wegen Entziehung der Wohnungseinrichtung und eines Seal-Pelzmantels der Erb-

lasserin

lasserin angemeldet.

Der Antragsgegner hat die die Erblasserin betreffende Devisenakte 8709 vorgelegt und darauf hingewiesen, daß der Hausrat der Erblasserin vom Versteigerungshaus des Amtsgerichts Hamburg am 8.11. 1943 versteigert worden ist. Er hält es ~~jedoch~~ für zweifelhaft, ob die entzogenen Vermögensgegenstände zusammen 1.000,-- RM wert gewesen seien.

Das Gericht hat die Versteigerungsakte beigezogen und Auskünfte des Staatsarchivs und der Jüdischen Gemeinde in Hamburg (Blatt 11 und 12 d. Akte) eingeholt.

II.

Die Rückerstattungsansprüche der Antragsteller sind gemäß Art. 26 Abs. 2 REG, § 16 BRÜG in der zuerkannten Höhe begründet.

Aus den Versteigerungsakten ergibt sich, daß der Hausrat der Erblasserin am 28., 29.10. und 1.11. 1943 zum Brutto-Erlös von 311,70 RM versteigert und der Netto-Erlös an die Oberfinanzkasse Hamburg abgeführt worden ist. Nach den Auskünften des Staatsarchivs und der Jüdischen Gemeinde ist die Erblasserin am 13. Oktober 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück verstorben. Als vorletzte Anschrift ist Grindelallee 134/ bei Isaac angegeben, so daß die verzeichneten Gegenstände der Erblasserin gehört haben müssen; denn auch in den Versteigerungsakten ist diese Anschrift der Erblasserin angegeben. Die im Anmelde-
1/ formular genannte Anschrift, Hansasträße, und in der Devisen-
akte bezeichnete Anschrift, Rappstraße 2 I., hat die Erb-
lasserin, nach der Auskunft des Staatsarchivs, zu früheren

Zeiten

22

Zeiten gehabt, so daß alle vorliegenden Unterlagen die Erblasserin betreffen.

Hieraus ergibt sich, daß die Erblasserin spätestens im Jahre 1942 in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht worden und ihr Hausrat entweder bei ihrer Deportation oder bei ihrem Tode im Oktober 1942 dem Reich verfallen gewesen und erst ein Jahr später versteigert worden ist. Hierfür ist der Antragsgegner schadensersatzpflichtig.

Die Höhe des Anspruchs läßt sich im einzelnen nicht genau errechnen. Die Kammer ist daher auf eine Schätzung gemäß § 287 ZPO angewiesen. Ihr ist bekannt, daß Versteigerungserlöse in derartigen Fällen regelmäßig nur eine unzulängliche Höhe erreicht haben und für die Schätzung des Wiederbeschaffungswertes am 1.4. 1956 eine Multiplikation der Versteigerungserlöse mit 2 1/2 angemessen ist. Im vorliegenden Fall kommt jedoch hinzu, daß die Versteigerung erst ein Jahr nach der Entziehung der Gegenstände erfolgt ist und die Sachen daher während der Lagerung auf dem Lager Friedrich Wiese (Akte des Versteigerungshauses) an Wert verloren haben werden. Außerdem hat die Erblasserin einige Gegenstände in das Konzentrationslager mitnehmen können, die ihr jedoch ebenfalls bei der Verhaftung entzogen und nur leihweise überlassen worden sind. Deportierte durften regelmäßig eigene Sachen im Gewicht von 50 kg mitnehmen. Vermutlich ist auch bei der Verbringung der Erblasserin nach Ravensbrück in dieser Weise verfahren worden. Deshalb sind ~~die~~ im Versteigerungsprotokoll nicht alle entzogenen Gegenstände aufgeführt worden. Aus dem Umzugsgutverzeichnis, das die Erblasserin noch am 20. Oktober 1941 der Devisenstelle vorgelegt hat, weil sie damals noch

nach

nach Holland auswandern wollte, ergibt sich, daß die Erblasserin zu diesem Zeitpunkt, also kurz vor ihrer Verhaftung, wesentlich mehr Gegenstände besessen hat, als später versteigert worden sind. Darunter befinden sich auch ein Sael-Mantel und eine Pelzjacke. Den größten Teil der nicht versteigerten Sachen wird die Erblasserin mit in das Konzentrationslager genommen haben. Zwar hat die Erblasserin im Umzugsgutverzeichnis bei dem Sael-Mantel vermerkt: "Einkaufspreis 150,--RM, Anschaffungszeitpunkt: 1907 (defekt)"; der Einkaufspreis wird jedoch vermutlich zu niedrig angegeben worden sein. Für die Pelzjacke ist ein Einkaufspreis von 100,--RM und als Anschaffungszeitpunkt 1937 angegeben worden.

Nach allem hält die Kammer eine Schätzung der Ersatzansprüche auf 2.000,-- DM für angemessen und die Einwendungen des Antragsgegners hiergegen für unbegründet.

Zu einer von der Regelung des Art. 63 REG abweichenden Kostenentscheidung besteht kein Anlaß.

K. W. W. W.

G. W. W. W.

L. W. W.